



Freie Demokratische Partei

FDP-Ortsverband Sinzheim

31. Januar 2024

Kredite drohen wegen Haushaltsanierung mit Trippelschritten

Das Neue Haushaltsrecht zeigt uns seit dem Haushaltsplan für 2019 als erstes, ob wir unsere laufenden Ausgaben mit unseren laufenden Einnahmen abdecken können oder ob wir Geld verlieren und nicht gedeckte Ausgaben sogar mit Krediten finanzieren müssen. Seit 2021 mussten wir Jahr für Jahr mit Verlusten rechnen und für 2024 sogar mit einem unglaublich hohen Verlust von **1.9 Mio. €**, der fast 16 % unserer verfügbaren Einnahmen ausmacht.

Am Ende des Jahres 2027 – bis dahin geht unsere mittelfristige Finanzplanung – hätten wir dann für Kredite von **7.2 Mio. €** Zinsen und Tilgungen zu zahlen, die wir deshalb brauchen, weil wir in diesem Zeitraum insgesamt mit unseren Einnahmen nicht mehr auskommen, also: über unsere Verhältnisse leben.

Was mich bewegt, diesem Haushalt dennoch schweren Herzens zuzustimmen, ist: Wir mussten in öffentlich zugänglicher Beratung und nach gründlicher Vorinformation durch die Verwaltung bei Durcharbeitung der Vorschläge feststellen, dass das gewohnt sorgfältig erarbeitete Zahlenwerk kaum Änderungen zuließ. Vorschläge zur Verbesserung der schwierigen Lage wurden dabei erarbeitet, denen wir im Wesentlichen und mehrheitlich folgen müssen.

Beim **Ergebnishaushalt**, der unsere laufenden jährlichen Erträge und Aufwendungen enthält und zeigt, was wir pro Jahr verbrauchen können ohne Kredite aufzunehmen, wurden die zaghafte Schritte des Vorjahres zu einer *Einnahmenerhöhung* fortgesetzt:

Nach der *Vergnügungssteuererhöhung* des Vorjahres beschlossen wir eine *Hundesteueranpassung* in Richtung auf die Steuersätze des Umlandes. Aber obwohl wir bei *Grundsteuer* und *Gewerbsteuer* auch deutlich unter dem Durchschnitt der Kommunen der Region liegen, bleiben deren Hebesätze kraft Mehrheitsbeschluss unverändert.

Zu hoffen bleibt, dass wir nächstes Jahr anlässlich der Neuregelung der Grundsteuer deren Hebesatz so gestalten können, dass das geplante Grundsteueraufkommen erhalten bleibt. Das geplante Gewerbesteueraufkommen bleibt uns hoffentlich erhalten, weil uns unsere Gewerbeunternehmen treu bleiben. Bisher kam es trotz wesentlicher Veränderungen zum Glück nicht zu langen Leerständen, und durch gute Erträge bei den Unternehmen war unser Gewerbesteueraufkommen auch stabil. Unsere größten Einnahmeposten, die Einkommensteueranteile, Umsatzsteueranteile und Schlüsselzuweisungen können wir selbst nicht steuern. Und für die machbaren Zuschüsse sorgt unsere Kämmerei.

Nun aber zu den wichtigsten Aufwandsposten: *reduzierbar?*

Weil uns unsere gute **Kindergartenversorgung** ständig mehr auch unserer Mittel kostet, passen wir seit einigen Jahren die Elternbeiträge wenigstens an die Kostenerhöhungen an: Mit nun 31 % unserer verfügbaren Mittel liegen die Beiträge der Eltern bei uns dennoch deutlich unter dem landesweit empfohlenen Anteil, wie unser Bürgermeister den Eltern bei der letzten Erhöhung auch vorrechnete. Beitragsfreie Kindergärten sind bei dieser Finanzlage eine Illusion – jeder Kindergartenplatz kostet uns im Schnitt im Monat über 1.000 €,

von denen die Eltern nur ca. 10 % tragen, die Gemeinde – und damit alle Bürger – fast 700 €.
Und wenn wir die nötigen Erzieherinnen überhaupt finden, dann müssen wir feststellen, dass natürlich auch deren Bezahlung unsere Personalkosten Jahr für Jahr in die Höhe treibt: von den gesamten Personalkosten (mit Kindergarten Sankt Vinzenz) von 11,3 Mio. € oder 88 % unserer verfügbaren Mittel entfallen 4,6 Mio. € und damit 41 % auf die Kindergärten – dort konnten wir nicht sparen. Und für die **Schulen**, bei denen uns das Land die meisten Personalkosten abnimmt, sind bei den 1,7 Mio. €, die von uns getragen werden müssen, keine wesentlichen Einsparungen realisierbar. Bei den **Gemeindestraßen** sorgen wir mit regelmäßigen Instandsetzungen und 2024 1,8 Mio. € dafür, dass uns dort nicht Rückstände zu Großreparaturen zwingen: Diese Vorsorge spart uns größere Kosten bei den Neuinvestitionen. Und bei der **Gemeindeverwaltung**, die uns 2,6 Mio. € kostet, bescheinigt uns der kommunale Prüfungsverband, dass unser Personalstand nicht zu hoch ist.

Wenn uns im Ergebnishaushalt 2024 also 1,9 Mio. € zur Deckung aller Aufwendungen fehlen, dann erzielen wir weder Zinsen für unser Eigenkapital noch erwirtschaften wir auch vom Wertverlust unserer baulichen Investitionen, der mit 3,4 Mio. €

zu Buche steht, nicht einmal mehr die Hälfte.

Und damit verringert sich nicht nur der Wert unseres Gemeindevermögens, sondern wir können auch im **Vermögenshaushalt**, wo sich die Investitionen finden, nicht mehr alle Maßnahmen beschließen, die wir für eine sichere Zukunft brauchen:

Noch sind 2024 zwar bauliche Maßnahmen mit 7,3 Mio. € geplant, aber wir konnten schon beim **Sportstadion** nur noch zu den dringendsten Maßnahmen ja sagen. Wir dringen dort ebenso auf Sparmaßnahmen wie beim **Neubau einer**

Kinderkrippe und der Erneuerung des Kindergartens im Hauptort. Wir haben für zusätzliche Kindergartenplätze in Leiberstung schon die preiswertere Lösung eines „Wichtelwagens“ gewählt. Und freiwillige Investitionsmaßnahmen wie den **Badesee** mit noch ungeklärten/unfinanzierten laufenden Kosten können wir uns mittelfristig ebenso nicht mehr leisten wie eine – m. E. unnötige – **Erweiterung der Einsegnungshalle** in Sinzheim.

Da die Auszahlungen für Investitionen des Jahres 2024 um 5,5 Mio. € über den Einzahlungen liegen werden, müssen wir diesen Betrag aus unseren Finanzreserven nehmen. So werden wir diese schon Ende 2024 bis auf das Minimum verbraucht haben und ab 2025 zur Finanzierung von Investitionen **und** laufenden Verluste der kommenden Jahre Kredite aufnehmen müssen.

Weil wir aber keine Zeit verlieren dürfen, folgen wir dem Verwaltungsvorschlag, erstmals seit Jahren **Haushaltssperren** festzulegen, mit denen bis Mitte 2024 möglichst viel „Kürzungspotential“ festgestellt werden soll. Bleibt zu hoffen, dass sich bis dahin entweder bei den Einnahmen konjunkturbedingt oder wegen Verbesserungen vom Kreistag bis Berlin (geringere Umlagen/ höhere Zuschüsse) größere Hilfen ergeben und die Sperren bei uns dazu führen, dass wir Ausgaben einsparen. Wenn sich außerdem die Ertragslage bei unseren Unternehmen verbessert, wenn sich weniger Preis- und Kostensteigerungen ergeben und wir so weniger staatliche Zuschüsse brauchen, dann **kann** sich *von außen* die Finanzlage verbessern.

Es ist im Vergleich zum Vorjahr aber nicht besser geworden: Bund und Länder und wir an der Basis müssen den Gürtel enger schnallen. Am Ende der mittelfristigen Planung werden daher im Gemeindehaushalt **deutlich erhöhte Schulden** stehen.



Dr. Kurt Rohner FDP-Gemeinderat

Und auch in den „Nebenhaushalten“ der Gemeindewerke müssen wir wegen hoher Investitionen mit erheblichen Kreditaufnahmen rechnen, wenn wir alles Geplante auch realisieren wollen. Aber etwas mehr Licht sehen wir am Horizont - von außen!

Unsere Kämmerei hat uns bei der Planung unserer Einnahmen wie bei den Ausgaben, die für 4 Jahre geschätzt werden müssen, erneut verlässliche Daten geliefert und mit Anträgen für Fördermaßnahmen zu zusätzlichen Mitteln verholten. So können wir auch in Krisenzeiten, in denen hohe Unsicherheiten gegeben sind wie aktuell, mit unseren Beschlüsse auf soliden Daten aufbauen.

Danke an dieser Stelle aber auch den Sinzheimer Bürgern dafür, dass sie uns geholfen haben, dass wir für Flüchtlinge viel mehr private Unterkünfte mobilisieren konnten, als dies in der Region sonst der Fall ist. Die Kosten der Gemeinde für Baumaßnahmen auf diesem Gebiet haben aktuell unser Ergebnis noch nicht verschlechtert. Sie haben unsere Unterbringungssätze extrem erhöht, die uns im Nachhinein durch höhere Umlagen belasten werden. Diese Vorsichtsmaßnahmen helfen uns hoffentlich in Zukunft dabei, unsere Wohnungssituation insgesamt zu verbessern.

Sinzheim, den 31.1.2024/Kurt Rohner